

**Bildungspolitische Wahlprüfsteine der
Landeschüler*innenvertretung NRW
zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 14.05.2017**

- sortiert nach Parteien -

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Was läuft nach Auffassung Ihrer Partei im nordrhein-westfälischen Schulsystem falsch?

Antwort:

Wir haben in den vergangenen Jahren auch mit kritisch-solidarischer Begleitung durch die LSV viel erreicht, auch wenn es auch nach unserer gemeinsamen Ansicht noch viel zu tun gibt. Nach Jahren des bildungspolitischen Stillstandes und Rückschritts ist es uns gelungen, die wesentlichen Indikatoren für eine gerechte und gleichzeitig leistungsstarke Bildung in NRW wieder ins Positive zu drehen. Der Richtungswechsel ist erfolgt. Die Richtung stimmt jetzt wieder. Deshalb wäre es aus unserer Sicht zu kurz gegriffen, von „falsch“ zu reden.

Auch wenn wir uns natürlich ein noch höheres Tempo wünschen, so müssen wir feststellen, dass die Herausforderungen gerade in NRW gewaltig sind. Kein anderes Land hat so viele Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien aufgenommen. Kein anderes Land hat so viele Großstädte mit sozialen Herausforderungen. Kein anderes Flächenland hat einen anhaltenden Strukturwandel so wie wir zu bewältigen. All dies fordert uns zusätzlich heraus und erfordert den zusätzlichen Einsatz von Personal und Finanzmitteln. Die SPD-geführte Landesregierung ist dem durch ihre politische und finanzielle Prioritätensetzung zugunsten von Kindern, Bildung und Kommunen in besonderer Weise gerecht geworden: Auch in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage hat NRW seit 2010 nicht nur jede frei werdende Lehrerstelle neu besetzt, sondern auch Milliarden zusätzlich in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen investiert. Wir haben knapp fünf Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen im Vergleich zu 2010 eingesetzt. Der Anteil der Bildungsausgaben am Landeshaushalt stieg auf 26 Milliarden Euro. Das entspricht mehr als einem Drittel des Landeshaushalts.

Doch die Anforderungen an unsere Schulen steigen immer weiter: Integration von Zugewanderten, individuelle Förderung und Exzellenz, Inklusion und die Vorbereitung auf Ausbildung und Beruf wie auch das Lernen im digitalen Wandel werden weiter große Kraftanstrengungen erfordern. Diesen Herausforderungen werden wir uns weiterhin stellen.

Bildungsunterfinanzierung

2. Was wird Ihre Partei in der NRW-Landesregierung gegen die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems in NRW unternehmen?

Antwort:

Die pauschale Aussage der Unterfinanzierung des Bildungssystems nicht nur in NRW sondern in allen Bundesländern ist so richtig, wie sie auf Länderebene praktisch folgenlos bleiben muss. Da die Bundesländer außer der Grunderwerbsteuer über keine eigenen Kompetenzen hinsichtlich der Besteuerung verfügen, bleibt das Volumen der Länderhaushalte begrenzt. Die Grunderwerbsteuer hat die SPD-geführte Landesregierung von 3,5 % auf 6,5 % erhöht und damit unter anderem den Verzicht auf Studiengebühren und die Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr finanziert. 400 Mio. Euro konnten so zusätzlich für die beitragsfreie Bildung mobilisiert werden. Weitere Schritte zur Beseitigung der Unterfinanzierung des Bildungssystems können nur durch bundesgesetzliche Regelungen in der Steuerpolitik – etwa durch eine Reform der Erbschaftssteuer oder eine Reaktivierung der Vermögenssteuer – erfolgen. Die NRWSPD macht sich auch deshalb dafür stark.

Im Rahmen dessen, was möglich ist, werden wir die Prioritäten weiter auf Vorfahrt für Bildung setzen. So werden wir gleich zu Beginn der Wahlperiode ein neues Finanzierungssystem für die Kindertageseinrichtungen gesetzlich auf den Weg bringen und die Offenen Ganztagschulen im Primarbereich qualitativ weiterentwickeln. Die Schüler-Lehrer-Relation an allen Schulen wollen wir verbessern und durch mehr Multiprofessionelle Teams die besonderen Herausforderungen der Integration und Inklusion in der Umsetzung besser angehen. Allein diese vier Bausteine – ohne dass wir über Digitalisierung u.v.a.m. überhaupt gesprochen haben – bedeuten einen finanziellen Aufwuchs im Milliardenbereich in den kommenden fünf Jahren. Wir sind dazu bereit, die entsprechenden Weichen im Landeshaushalt zu stellen.

3. Wie möchten sie die Kommunen in NRW bei der Sanierung ihrer Schulgebäude unterstützen?

Antwort:

Mit der Zahlung der Schulpauschale von jährlich 650 Millionen Euro im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs leistet das Land NRW eine verlässliche Grundfinanzierung für den kommunalen Schulbau. In den letzten Jahren haben sich jedoch viele Städte und Gemeinden angesichts ihrer Haushaltssituation gezwungen gesehen, die tatsächlichen Investitionen in die Schulen deutlich herunterzufahren. Daher investiert das Land NRW zwei Milliarden Euro zusätzlich, um die Schulen auf Vordermann zu bringen. Mit dem Programm ‚Gute Schule 2020‘ hat die SPD-geführte Landesregierung die zusätzliche Finanzierung zur Verfügung gestellt, um Schulen zu sanieren, zu modernisieren und – wo nötig – auch zu erweitern. Damit machen wir vieles möglich, wofür bisher kommunales Geld fehlt: Die Sanierung von Klassenzimmern und Schultoiletten, weil auch die Schulumgebung wichtig für den Lernerfolg ist. Eine Erweiterung des Offenen Ganztags, damit alle, die wollen, auch Platz finden. Die Modernisierung der Naturwissenschaften, um beste Voraussetzungen für kleine Forscherinnen und Forscher zu schaffen. Eine verbesserte digitale Ausstattung von Schulen, so dass digitales Lernen auch praktisch möglich ist. Und der Ausbau der Barrierefreiheit für eine gelingende schulische Inklusion. Daran werden wir anknüpfen. Mit uns ist klar: Wir sorgen weiter dafür, dass der Investitionsstau in den Klassenzimmern endlich aufgelöst wird.

4. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der LSV NRW, ein landesweites kostenloses Schüler*innenticket einzuführen?

Antwort:

Um die eigenständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen und ihre Teilhabe am öffentlichen Leben zu unterstützen, will die NRWSPD erreichen, dass das Land, die Kommunen und die kommunalen Aufgabenträger im ÖPNV prüfen, wie allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von der Distanz zwischen Wohn- und Schulstandort ein vergünstigtes Schülerticket als Solidarmodell zur Verfügung gestellt werden kann.

5. Planen Sie, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch für die Zukunft sicherzustellen?

Antwort:

Mit der NRWSPD ist klar: Das Programm zur sozialen Arbeit an Schulen wird fortgesetzt. Die rund 1.500 zusätzlichen Schulsozialarbeiter können sich ebenso wie die Schulen darauf verlassen, dass es hier kein Auslaufen nach der ersten Förderperiode gibt: So hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen schon jetzt die Anschlussfinanzierung für das Jahr 2018 beschlossen, damit niemand gekündigt werden muss. Bei der Finanzierung werden wir gleichzeitig weiter darauf bestehen, dass es zu einer hundertprozentigen Refinanzierung durch den Bund kommt, der diese Leistung in Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zugesagt hat. Zugleich werden wir die schulische Arbeit in multiprofessionellen Teams ausbauen.

6. Wie möchte Ihre Partei den immensen und strukturellen Lehrer*innenmangel an NRWs Schulen bekämpfen?

Antwort:

Die Schüler-Lehrer-Relation ist entscheidend für eine gute Unterrichtsversorgung. Wir werden sie an allen Schulen weiter verbessern Grundlage dafür ist die bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern. Wir haben daher für die Umsetzung des Schulkonsenses und der schulischen Inklusion ca. 9.500 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer wiederbesetzt, die eigentlich angesichts sinkender Schülerzahlen abgebaut werden sollten (sog. Demografierendite). Im Zuge der schulischen Integration Geflüchteter haben wir zusätzlich ca. 6.500 neue Stellen geschaffen, um der immensen Herausforderung gerecht zu werden.

Für uns ist klar: Bei wieder steigenden Schülerzahlen wird auch die Anzahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer weiter steigen müssen, um die Schüler-Lehrer-Relation weiter zu verbessern.

In den letzten Jahren müssen wir jedoch feststellen, dass weniger die Zahl der zur Verfügung stehenden Stellen als vielmehr die Verfügbarkeit geeigneter Bewerberinnen und Bewerber der begrenzende Faktor ist: Deswegen war es richtig, die Zahl der Plätze in der Lehrerausbildung nicht heruntergefahren zu haben und kurzfristig zwei zusätzliche Einstellungstermine zu ermöglichen. Darüber hinaus muss neben der kurzfristigen Möglichkeit der Stellenaufstockung von Teilzeitkräften, der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit und der verstärkten Gewinnung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern bei Bedarf auch die Studienkapazität im Lehramtsstudium wieder erhöht werden.

Ein zweiter Punkt ist die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls: Während man kurzfristige Krankheitsfälle von Lehrerinnen und Lehrern nie 100%ig ausgleichen können wird, gehört zu einer guten Unterrichtsversorgung, längerfristige Ausfälle von Lehrkräften im Stellenbudget der einzelnen Schule wirksam über die Vertretungsreserve bei den Bezirksregierungen zu kompensieren. Darüber hinaus wollen wir Schulen in größerem Umfang als bisher befähigen, eigenständig ein Vertretungsbudget für kurzfristige Ausfälle zu verwalten. Teilzeitänderungen von Stammlehrkräften und im Einzelfall angeordnete Mehrarbeit sind dazu gute flexible Instrumente, um drohende Unterrichtsausfälle abzuwenden.

Die NRWSPD will verstärkt die unterschiedlichen strukturellen Herausforderungen, denen Schulen aufgrund ihres Einzugsbereichs und ihrer Schülerschaft gerecht werden müssen, in der Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern berücksichtigen. Über einen Sozialindex wollen wir deshalb diejenigen Schulen in ihrer Arbeit besonders unterstützen, die besonders viele Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund unterrichten.

7. Wie steht Ihre Partei zum Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich?

Antwort:

Die NRWSPD sieht die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich als eine Möglichkeit eines deutlich stärkeren und notwendigen Engagements des Bundes, sich auch im Schulbereich finanziell zu engagieren.

G8, G9 und IGGS

8. Bleibt G8 in seiner jetzigen Form unter Ihrer Landesregierung bestehen? Wenn nein, wie würde unter Ihrer Landesregierung das System der weiterführenden Schulen in NRW aussehen?

Antwort:

Nein. Wir werden Schülerinnen und Schüler wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen geben. Mit der NRWSPD gibt es G9 wieder an allen Gymnasien: Die Sekundarstufe I wird wieder 6jährig. Damit erreichen wir, dass sich die Unterrichtsverdichtung und der Stress bei den jüngeren

Schülern deutlich verringern. Wer die Oberstufe anschließend in drei Jahren (wie bisher) durchläuft, kommt in 9 Jahren zum Abitur. Wer nach der 10. Klasse abgeht, kann wieder einen mittleren Abschluss erwerben.

Mit der NRWSPD bleibt Verkürzung der Schulzeit auf G8 möglich, wenn von Eltern bzw. Schüler/innen gewünscht. Wer G8 machen will, wählt individuell in der Jahrgangsstufe 10 Kurse der Einführungsphase der Oberstufe dazu. Damit ist der direkte Übergang in die Qualifikationsphase des Abiturs möglich und die Oberstufe kann so auf zwei Jahre verkürzt werden.

G9 und die Verkürzung auf G8 sind so gleichberechtigt nebeneinander an allen Gymnasien möglich ist. Damit schaffen wir die Voraussetzung für ein Abitur nach eigenem Takt. Die Wahl muss erst mit dem Übergang in Klasse 10 erfolgen. Der organisatorische Aufwand für die Umstellung in den Gymnasien ist minimal. Andere Schulformen werden überhaupt nicht berührt, da die Einführungsphase in Jahrgangsstufe 11 weiter für Schulformwechsler wie bisher zur Verfügung steht.

9. Wie bewerten Sie das Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) und der flexiblen Oberstufe der Landeschüler*innenvertretung NRW?

Antwort:

Wir halten es für eine interessante Überlegung, mit der Weiterentwicklung der Gymnasien auch die Weiterentwicklung der Gesamtschulen zu verbinden. Das gilt insbesondere für die individuelle Gestaltung der Zeit in der Oberstufe. Eine Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems verbinden wir damit im Gegensatz zu Landeschülerinnenvertretung hingegen nicht. Die NRWSPD hat gemeinsam mit Grünen und CDU 2011 einen entsprechenden Schulkonsens verabschiedet, an den wir gebunden sind. Ob eine generelle Schulstrukturdebatte heute überhaupt die richtige Antwort auf die in allen Schulformen gleichermaßen zu bewältigende Herausforderung der individuellen Förderung ist, darf deshalb dahingestellt bleiben.

10. Fordert Ihre Partei eine nachhaltige und deutliche Senkung der maximalen Klassengröße an weiterführenden Schulen und wie sähe diese aus?

Antwort:

Die SPD-geführte Landesregierung hat begonnen, die Klassen an Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien zu verkleinern. Bis zum Schuljahr 2017 sollen nur noch 26 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse unterrichtet werden. Für die Klassenverkleinerung in der Sekundarstufe I werden landesweit zusätzlich 250 Lehrer eingestellt. Diese Entwicklung wollen wir über weitere zusätzliche Lehrerneueinstellungen vorantreiben und die Klassengröße schrittweise weiter senken.

11. Wie steht Ihre Partei zum aktuell laufenden Volksbegehren "G9 jetzt!"?

Antwort:

Das Volksbegehren will das alte Gymnasium als Eliteschule mit G9 und verpflichtendem Halbttag zurück. Zahlen sollen es die anderen Schulformen mit Bildungsabbau. Das lehnen wir ab. Die NRWSPD steht für einen selbstbestimmten Weg zum Abitur am Gymnasium. Mit uns wird G9 wieder an jedem Gymnasium möglich – auch ohne die Rückkehr zum alten Halbttagsgymnasium.

12. Wie steht Ihre Partei zum verpflichtenden Ganzttag mit Freizeitangeboten für alle Schüler*innen und wie sollte ein solcher Ganzttag Ihrer Meinung nach aussehen?

Antwort:

Wir haben die offene Ganztagsbetreuung zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt: Mehr als 51 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der Primar- und Sekundarstufe I kommen in den Genuss des Angebotes. Schon hier ist regelmäßig auch die Einbindung von Freizeitangeboten nicht nur möglich sondern sogar erwünscht.

Im gebundenen Ganztags der weiterführenden Schulen ist die Verbindlichkeit höher. Er bietet vor allem die Chance zur Rhythmisierung der Angebote und zur verbindlichen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Entsprechend muss dabei auch auf eine bestmögliche Verzahnung von Unterricht und außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten durch eine enge Kooperation auf Augenhöhe mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie mit Hilfe der Sportvereine, Trägern der kulturellen Bildung und weiteren Vereinen, Akteuren und Institutionen aus dem Schulumfeld geachtet werden.

Jede weiterführende Schule, die Ganztagschule werden will, kann diesen Weg einschlagen und wird dabei von der Landesregierung mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet. Voraussetzung ist ein entsprechender Beschluss der Schulkonferenz, der den Ganztagsunterricht für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend macht. Eine generelle Verpflichtung der Schulen lehnt die NRWSPD jedoch ab.

13. Möchte Ihre Partei, dass außerschulisches Engagement stärker anerkannt und wertgeschätzt wird? Wie kann diese stärkere Wertschätzung in Ihren Augen erreicht werden?

Antwort:

Ja. Da, wo es sinnvoll erscheint, sollte außerschulisches Engagement auch auf Zeugnissen vermerkt werden. Interessanter wäre aber vermutlich, dass eigene Anreizsysteme (Zertifikate, Vergünstigungen) entwickelt werden. Generell ist aber zu sagen, dass Ehrenamt weiterhin um seiner selbst willen ausgeübt werden sollte und nicht, um sich damit (schulische) Vorteile zu verschaffen.

14. Wie kann man Schüler*innen mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement ermöglichen?

Antwort:

Diese Frage betrifft zwei Komponenten: Zum einen werden wir den Schülerinnen und Schülern am Gymnasium wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen geben. Mit der Verlängerung der Sekundarstufe I von fünf auf sechs Jahre gleichen wir die Zahl der durchschnittlichen Wochenstunden am Gymnasium der aller anderen weiterführenden Schulen an. Außerdem kann dann jedes Kind einen Abschluss nach zehnten Klasse machen. Auch G9 ist dann wieder an allen Schulen des Landes möglich. Wer bei G8 bleiben will, kann die Oberstufe individuell auf zwei Jahre verkürzen. Alle Schülerinnen und Schüler bekommen die Zeit, die sie für ihren individuellen Lernerfolg benötigen. Zum anderen stehen wir der Forderung positiv gegenüber, mittelfristig in den Schulen in NRW landesweit einen freien Nachmittag pro Woche verbindlich einzuführen. Sofern daraus ein Kinderbetreuungsbedarf für berufstätige Eltern entsteht, soll dieser durch entsprechende Angebote sichergestellt werden.

Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung

15. Wie steht Ihre Partei zum allgemeinpolitischen Mandat von Schüler*innenvertretungen?

Antwort:

Echte Demokratie und Interessenvertretung bedeutet mehr als nur Schulpolitik. Schülerinnen- und Schülervertretungsarbeit ist für uns nicht nur Interessenvertretung, sondern auch das Erlernen von Demokratieprozessen. Dazu gehört für uns auch, dass gemeinsam politische Positionen erarbeitet und diese vertreten werden. Wir befürworten deshalb ein allgemeinpolitisches Mandat.

16. Wird Ihre Partei sich für die flächendeckende Einführung von beratenden Sitzen in kommunalen Schulausschüssen für Bezirksschüler*innenvertretungen stark machen?

Antwort:

Die NRWSPD unterstützt die Forderung, dass Bezirksschülerinnen- und -schülervertretungen beratende Sitze in kommunalen Schul- und Jugendhilfeausschüssen erhalten. Da dies jedoch kommunale Selbstverwaltung betrifft, fällt es in den Entscheidungsbereich der jeweiligen Kommune.

17. Gäbe es unter Ihrer Regierung mehr finanzielle Förderung für Schüler*innenvertretungen, Bezirksschüler*innenvertretungen und politische Jugendarbeit? Was halten Sie von einer Förderung für SVen in Höhe von 500,- € pro Schule und Schuljahr?

Antwort:

Das Land NRW finanziert bereits die Arbeit der LSV sowie der Bezirksschüler*innenvertretungen institutionell. Für Projekte der politischen Jugendarbeit und andere Projekte ist darüber hinaus eine Projektförderung möglich. Entsprechend dem Mittelabfluss in den letzten Jahren, scheint eine Aufstockung hier aktuell nicht erforderlich. Hinsichtlich einer institutionellen Förderung der einzelnen Schüler*innenvertretungen an den Schulen sehen wir aufgrund der vielfältigen Möglichkeiten an der Schule selbst keine Notwendigkeit. Projekte können in Kooperation mit den BSV'en der LSV oder einem Träger der politischen Bildung oder der Jugendarbeit schon heute problemlos auch von einzelnen SV'en durchgeführt und so finanziert werden.

Digitalisierung des Bildungssystems

18. Was bedeutet für Ihre Partei die Digitalisierung der Schulen und welche Priorität sehen Sie darin?

Antwort:

Für die NRWSPD gilt: In allen Bildungsbereichen müssen Voraussetzungen für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien optimiert oder geschaffen werden. Auf Grundlage unseres Leitbildes Lernen im Digitalen Wandel werden wir die Ausstattung der Schulen verbessern und die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer konsequent ausbauen und für einen ausreichenden Datenschutz sorgen. Unser Ziel: Zum Schuljahr 2021/2022 haben alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler jederzeit an jedem schulischen Ort einen pädagogischen Zugang zum Internet. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert, die ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommen muss.

19. Wie stehen Sie zum "Bring Your Own Device"-Konzept?

Antwort:

Grundsätzlich stehen wir dem Konzept offen gegenüber. Allerdings birgt es die Gefahr, dass es zu Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern kommt, die sich keine (hochwertigen) Smartphones, Notebooks, Tablets leisten können. Daher gilt es ein Konzept zur Nutzung von digitalen Lern- und Lehrmitteln so zu erstellen, das eine Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern sowie von Schulen ausschließt.

Bildungsgerechtigkeit / Durchlässigkeit des Bildungssystems

20. Sind Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsfähige Schule für Ihre Partei mit dem dreigliedrigen Schulsystem vereinbar? Warum (nicht)?

Antwort:

Das Leitziel unserer Politik bleibt ein Bildungssystem, in dem jedes Kind nach seinen Fähigkeiten die beste Förderung erhält. Entscheidend dafür sind keine Diskurse über die Gliederigkeit unseres Schulsystems, sondern wie wir es schaffen, die beste Bildung in jeder Schule für alle Kinder zu gewährleisten, denn die Organisation hat dem Konzept zu folgen. Dazu gehört für uns, das längere gemeinsame Lernen auszuweiten und Haupt- und Realschulen und Gymnasien die Umwandlung in Schulen des gemeinsamen Lernens zu vereinfachen, dass ein Gymnasium alle Abschlüsse vergeben kann, um ein diskriminierendes ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern, und dass jede weiterführende Schule die Verantwortung für die Kinder bis zum Abschluss übernimmt, die sie aufgenommen hat.

21. Wie kann es gelingen, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen?

Antwort:

Die NRWSPD steht für gleiche Bildungschancen. Sie sind eine wesentliche Dimension von sozialer Gerechtigkeit. Über den Bildungserfolg darf nicht die Herkunft oder der Geldbeutel der Eltern entscheiden, sondern das Talent und die eigenen Fähigkeiten und Neigungen. Bildung ist die Grundlage für soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg. Und deshalb beginnt beste Bildung im frühen Alter und sorgt im Lebenslauf dafür, dass alle Menschen, immer dann, wenn es notwendig ist, eine weitere Chance erhalten. Wir haben ein umfassendes Bildungsverständnis und wollen alle Bildungsinstitutionen von der Kita bis zur Weiterbildung weiter stärken.

Dazu gehört für uns der gebührenfreie Zugang zu Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Studiengebühren gehören mit der NRWSPD weiterhin der Geschichte an. Die frühkindliche Bildung werden wir über das letzte Kita-Jahr hinaus für alle Kinder in den 30 Wochenstunden umfassenden Kernzeiten von Gebühren befreien.

Über einen Sozialindex wollen wir künftig die Zuweisung von Personalressourcen an Schulen, wie bereits in der frühkindlichen Bildung erfolgreich praktiziert, ebenfalls daran orientieren, wo besonders viele Kinder und Jugendliche mit Förderbedarfen oder in besonderen Lebenslagen unterrichtet werden.

Zudem werden wir mehr längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, um sowohl die zu frühe Selektion in ein gegliedertes Schulsystem und der damit einhergehenden Vorbestimmung von Bildungs- und Aufstiegschancen ebenso zu vermeiden wie das diskriminierende ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern. Schließlich bleibt noch zu erwähnen, dass Bildungschancen auch vom Zugang zu non-formaler und informeller Bildung abhängen. Hier spielen Familien und Peers eine häufig unterschätzte Rolle, aber auch die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollten bei der Debatte – die allzu häufig auf einen Schuldiskurs reduziert wird – nicht aus dem Blick verloren werden.

22. Möchte Ihre Partei an den aktuell bestehenden Ziffernoten zur Bewertung von schulischen Leistungen festhalten? Was wäre ihr mögliches Alternativkonzept?

Antwort:

Ziffernoten durch verbale Leistungsbeschreibungen gänzlich zu ersetzen, sehen wir kritisch. Ziffernoten stellen einen tradierten Code dar, der von Eltern und Schülerinnen und Schülern gleichermaßen „verstanden“ wird. Über ihre Objektivität und Aussagekraft wird zu Recht nicht nur in der pädagogischen Wissenschaft kontrovers diskutiert. Deswegen halten wir es für überlegenswert, den Schulkonferenzen die Handlungsoption einzuräumen, Leistungsbeschreibungen zusätzlich zu den Ziffernoten einzuführen.

23. Ist es sinnvoll, Schüler*innen nach nur vier Jahren des gemeinsamen Lernens in Grundschulen auf verschiedene Schulformen zu differenzieren? Würden Sie daran etwas verändern wollen und wenn ja, was?

Antwort:

Das Leitziel unserer Politik bleibt ein Bildungssystem, in dem jedes Kind nach seinen Fähigkeiten die beste Förderung erhält. Entscheidend dafür sind keine Diskurse über die Gliedrigkeit unseres Schulsystems, sondern wie wir es schaffen, die beste Bildung in jeder Schule für alle Kinder zu gewährleisten. Dazu gehört für uns, das längere gemeinsame Lernen auszuweiten und Haupt- und Realschulen und Gymnasien die Umwandlung in Schulen des gemeinsamen Lernens zu vereinfachen, dass ein Gymnasium alle Abschlüsse vergeben kann, um ein diskriminierendes ‚Abschulen‘ von Kindern zu verhindern, und dass jede weiterführende Schule die Verantwortung für die Kinder bis zum Abschluss übernimmt, die sie aufgenommen hat.

24. Wie kann die immer noch viel zu hohe Zahl an Schulabbrecher*innen in NRW weiterhin konsequent und nachhaltig gesenkt werden?

Antwort:

Ein Erfolg der rot-grünen Regierungsjahre ist, dass die Zahl derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, stetig sinkt. Diesen Trend wollen wir stärken. Um die Potenziale aller Schülerinnen und Schüler zu fördern, müssen sowohl diejenigen, die es aufgrund ihrer Herkunft schwer haben, als auch die besonders begabten Schülerinnen und Schüler, gesondert in den Blick genommen werden. Die Förderstunden im System wollen wir deshalb ausbauen. Wir haben das erfolgreiche Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ entwickelt, werden es fortsetzen und für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss das Recht auf eine zweite Chance auch über das 18. Lebensjahr hinaus sicherstellen. Die Verantwortung der öffentlichen Jugendhilfe für gelingende Bildungsbiografien wollen wir stärken und insbesondere den Weg über außerschulische Lernorte für Jugendliche, die die Schule nicht mehr besuchen oder lange nicht mehr besucht haben, zur Erfüllung der Schulpflicht und zur Vorbereitung auf einen Schulabschluss nutzen.

25. Wird Ihre Partei die Studiengebühren in NRW wieder einführen?

Antwort:

Nein, wir lehnen weiterhin jegliche Form von Studiengebühren für die Hochschulen in NRW ab.

26. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Situation bei der Beschulung von Geflüchteten?

Antwort:

Die Integration durch Bildung ist ein zentraler Baustein für die gesellschaftliche Integration. Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Für alle Kinder und Jugendlichen muss deshalb rechtzeitig eine adäquate schulische Förderung sichergestellt sein. Wir fangen dabei in NRW nicht bei null an. Die allgemeine Schulpflicht gilt schon lange in NRW für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Lehrerinnen und Lehrern stehen seit über 40 Jahren umfangreiche Erfahrungen und Materialien für die Förderung von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur Verfügung. Außerdem profitieren wir heute von der bewussten Entscheidung, weiterhin eine hohe Zahl von Lehrkräften auszubilden und nicht – wie in vielen anderen Bundesländern geschehen – die Studienplätze für das Lehramt und die Stellen für das Referendariat reduziert zu haben, weil als Folge des demografischen Wandels von sinkenden Schülerzahlen ausgegangen wurde. Um den zusätzlichen Integrationsbedarfen nach der Aufnahme der zahlreichen Geflüchteten in den letzten Monaten gerecht zu werden, müssen die getätigten personellen und infrastrukturellen Maßnahmen der SPD-geführten Landesregierung bedarfsgerecht verstetigt werden.

27. Was muss aus Sicht Ihrer Partei getan werden, damit die Integration Geflüchteter in unser Bildungssystem nachhaltig gelingen kann?

Antwort:

Wir müssen unser gesamtes Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung fit für die Integration machen und auf allen Ebenen weiter für Geflüchtete öffnen und Zugangshürden weiter abbauen. Speziell die Schulen werden wir weiterhin angemessen bei ihrer wichtigen Aufgabe der Integration von Zuwanderern unterstützen. Die Bildung von Sprachfördergruppen bleibt notwendiges Mittel, um ein intensives Erlernen der deutschen Sprache zu gewährleisten.

28. Denkt Ihre Partei, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen zu besseren Lernbedingungen für Schüler*innen führt?

Antwort:

Nein.

29. Was halten Sie vom Konzept der völlig kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität? Wenn Sie dies befürworten, was wären mögliche Ansätze zur Finanzierung?

Antwort:

Die NRWSPD ist die einzige im Landtag vertretene Partei, die die kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität auch tatsächlich und kurzfristig angehen will. Studiengebühren gehören mit der NRWSPD weiterhin der Geschichte an. Die frühkindliche Bildung werden wir über das letzte Kita-Jahr hinaus für alle Kinder in den 30 Wochenstunden umfassenden Kernzeiten von Gebühren befreien und dafür zusätzliche finanzielle Landesmittel aufwenden.

Demokratie und Partizipation

30. Steht Ihre Partei hinter der aktuell geltenden Drittelparität in der Schulkonferenz?

Antwort:

Ja, schließlich wurde sie von einer SPD-geführten Landesregierung wieder eingeführt. Doch eine Drittelparität nutzt wenig, wenn Informationen für die Konferenzen erst sehr spät verschickt werden und für die Schülerinnen- und Schülervereine kaum Beratungszeiten bleiben. Wir fordern daher eine Ladungsfrist von einem Monat für Schulkonferenzen und einen Katalog an Punkten, die nur geändert werden können, wenn die Schülerinnen und Schüler zugestimmt haben (Zustimmungspflichtige Punkte).

31. Wird es unter Ihrer Landesregierung ein Stimmrecht für Schüler*innenvertreter*innen in Fachkonferenzen geben?

Antwort:

Die NRWSPD wird sich dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur Rede-, sondern auch Stimmrecht in den Fachkonferenzen erhalten.

32. Fordert Ihre Partei die Absenkung des Wahlalters auf 14 bzw. 16 Jahre und warum (nicht)?

Antwort:

Die NRWSPD setzt sich für eine Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre ein. Bereits in dieser Wahlperiode haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung eingebracht, der jedoch durch die Ablehnung von CDU und FDP nicht die erforderliche Mehrheit erhielt. Daher werden wir in der nächsten Wahlperiode einen neuen Anlauf starten, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken.

33. Welche Ideen hat Ihre Partei zur Stärkung von Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen?

Antwort:

Die NRWSPD will an den Schulen die Grundlage für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz legen. Schulen sollen Häuser der Demokratie sein. Wir werden deshalb den Politik- und

Geschichtsunterricht wieder stärken und die Arbeit der SVen wie bereits dargelegt weiter fördern. Auslandsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern wollen wir fördern und uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen von Erasmus+ vorhandenen Programme künftig von noch mehr Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen genutzt werden können. Wir wollen auch die Erinnerungskultur stärken und angesichts immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten. Wir werden den Rahmen schaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälischer Schüler und jede nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen. Und mit uns ist klar, dass die gesellschaftliche Vielfalt unseres Landes auch in Abbildungen in Schulbüchern (inkl. LSBTIQ* Lebensformen) kein Tabu bleibt.

Inklusion

34. Befürwortet Ihre Partei die Inklusion an allen Schulen und allen Schulformen in NRW?

Antwort:

Ja, die NRWSPD bekennt sich zum Recht auf inklusive Beschulung und zu den entsprechenden Zielen der Vereinten Nationen. Diese darf sich nicht nur auf einige Schulformen beschränken, sondern muss – ggf. in einer zieldifferenten Form – an allen Schulformen umgesetzt werden.

35. Was sind aktuelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?

Antwort:

Neben der baulichen Barrierefreiheit besteht die wesentliche Herausforderung darin, die erforderlichen personellen Voraussetzungen für gelingende Inklusion zu schaffen. Hierzu bedarf es einerseits weitere finanzielle Aufwendungen, um die erforderlichen Personalbedarfe zu decken und andererseits der Überprüfung, ob die vorhandenen Kapazitäten an den Hochschulen für den mittelfristigen Bedarf an Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ausreichend sind.

36. Welche Prioritäten sieht Ihre Partei bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?

Antwort:

Um die schulische Inklusion zum Erfolg zu führen, brauchen wir mehr multiprofessionelle Teams, um den gezielten Einsatz von Doppelbesetzungen und Phasen der individuellen Förderung zu ermöglichen. Dazu gehören gleichermaßen Sonderpädagogen wie nichtlehrendes Personal aus der Schulsozialarbeit, der Schulpsychologie und der Integrationshilfe. Für die Integrationshilfe gilt es, Poollösungen rechtlich abzusichern. Für Jugendliche mit besonders großen Lern- und Verhaltensproblemen werden wir gezielte Unterstützungsstrukturen auch im Verbund mit der Jugendhilfe aufbauen.

37. Möchte Ihre Partei an der Förderschule als Schulform festhalten?

Antwort:

Wir haben die schulische Inklusion auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Anders als in anderen Bundesländern setzen wir dabei auf die Wahlfreiheit der Eltern, ihr Kind inklusiv auf einer allgemeinbildenden Schule unterrichten und fördern zu lassen oder auf einer Förderschule beschulen zu lassen. Den Lernort bestimmen in Nordrhein-Westfalen die Eltern nach umfassender kompetenter und unabhängiger Beratung selbst. Die Förderschulen bleiben also als Lernort erhalten.

Vermischtes

38. Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Religionsunterricht?

Antwort:

Die NRWSPD bekennt sich zur geltenden Regelung im Schulgesetz: Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen Schulen mit Ausnahme der Weltanschauungsschulen (bekenntnisfreien Schulen). Er wird nach Bekenntnissen getrennt in Übereinstimmung mit den Lehren und Grundsätzen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft erteilt wenn er allgemein eingeführt ist und an der einzelnen Schule mindestens zwölf Schülerinnen und Schüler dem entsprechenden Bekenntnis angehören. Die SPD-geführte Landesregierung hat mit der fraktionsübergreifenden Gesetzesinitiative zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts 2013 eine richtungsweisende Entscheidung getroffen. Gemeinsam mit der CDU und Bündnis 90/ Die Grünen erreicht, dass nun ein weiterer Religionsunterricht angeboten werden kann, der den Bedürfnissen einer Vielzahl von Schülerinnen und Schüler entspricht. Damit ist ein weiter wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Teilhabe in NRW gelungen, der integrierend wirkt. Die Möglichkeit zur eigenständigen Abmeldung vom Religionsunterricht durch die religionsmündigen Schülerinnen und Schüler ist dabei integraler Bestandteil der geltenden Regelung.

39. Wie können die Globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Einzug in die Schulen NRWs erhalten?

Antwort:

Im gesamten schulischen Bildungsverlauf werden wir der Sprachbildung, Sprachförderung und der Grundbildung eine hohe Priorität einräumen. Dazu gehören auch die globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung.

40. Wie steht Ihre Partei zu Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen?

Antwort:

Unsere Schulen sollen für die Schülerinnen und Schüler umfassend bilden und ihnen so den Weg in ein selbstbestimmtes Leben und zu sozialem Aufstieg ermöglichen. Hierzu gehört neben einer guten Grundbildung auch die Vermittlung von ökonomischen Wissen, das um Verbraucherschutz und Berufswahlvorbereitung ergänzt wird. In diesem Kontext halten wir Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen für sehr sinnvoll.

41. Wie steht Ihre Partei zu genderneutraler Sprache und warum gendern Sie (nicht) in Ihren Wahlprogrammen?

Antwort:

Eine geschlechtergerechte Sprache gehört zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter und zur Beseitigung von Diskriminierungen. Entsprechend haben wir unser Wahlprogramm auch geschlechtergerecht formuliert.

42. Wird Ihre Partei an der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr festhalten?

Antwort:

Die SPD-geführte Landesregierung hat die von CDU und FDP einseitig getroffene Kooperationsvereinbarung reformiert. Demnach können Jugendoffiziere der Bundeswehr, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen sowie Organisationen der Friedensbewegung, im Rahmen von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die Aufgabenstellung der Bundeswehr informieren. Wir werden

an den Zielen der Kooperationsvereinbarung festhalten, damit Schülerinnen und Schülern den Zugang zu zusätzlichen Informationen zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen eröffnen und die Entwicklung einer Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler zu fördern und sie befähigen, sich mit Fragen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit sowie mit unterschiedlichen Strategien von Friedenserhalt auseinanderzusetzen.